

Der vorliegende Antrag ist ungewöhnlich. Sicherlich fragen sich die meisten – oder alle? – was das soll. Zugegeben das ist ein pol. Antrag. Aber ich denke wir alle sind politische Menschen und politisch handelnde Menschen ganz gleich auf welcher Ebene.

Das Thema ist nicht neu. Seit Jahren beschäftige ich mich damit, besonders seit dem ich arbeitslos wurde. Insbesondere in Vorträgen und in Seminaren zu einer sozialen, gerechten Gesellschaft nahm das Thema soziale Gesellschaft breiten Raum ein. Dazu gehören selbstverständlich **soziale Unternehmen**. Im letzten Jahr hat das der Vorsitzende des DGB KV Nürnberger Land, Rene Wiedmann, auf meinen Vorschlag deutlich auf der 1. Mai Veranstaltung in Röthenbach zum Ausdruck gebracht. Klaus Hacker hat das überhaupt nicht gepasst.

Wir beklagen dass eine immer größere Anzahl von Beschäftigten am Rande des Existenzminimums lebt. Altersarmut ist so programmiert. Ich halte es für natürlich, wenn wir unser Augenmerk darauf richten dass die Firmen, die Aufträge der Stadt oder der städt. Werke erhalten, ihre Mitarbeiter anständig bezahlen und anständige Arbeitsbedingungen unter den Tarifbestimmungen bieten. Das ist längst nicht überall – auch bei bekannten Firmen – der Fall. Aber auch die anderen von mir als Antragspunkte eingebrachten Punkte brauchen Beachtung. Das betrifft auch die von mir angesprochene Mitbestimmung gehört dazu. Mittlerweile verdienen sich eine ganze Reihe von Anwaltskanzleien eine goldene Nase, die Firmen darin beraten, wie sie einen Betriebsrat verhindern können – Union Busting ist ein einträgliches Geschäft.

Es geht mir darum, dass wir als Kommune wert darauf legen den Firmen deutlich zu machen, dass wir eine soziale Stadt sind und unsere Aufträge verstärkt an soziale Kriterien knüpfen. Diese sozialen Kriterien, wie ich sie sehe, habe ich in den Antrag einfließen lassen. Die Punkte sprechen für sich selbst.

Ich habe sehr lange an dem Antrag gearbeitet und ihn auch mehrmals verbessert, so dass besonders meine Kollegin aus dem Kreistag, Evelyn Schötz, Geduld aufbringen musste.

Ich habe zu Beginn meiner Überlegungen bei einigen Institutionen (DGB, Rosa Lux) nachgefragt ob da schon konkrete Überlegungen zu dem Thema Vergaberichtlinien vorliegen. Der DGB trägt sich mit dem Gedanken. „Deshalb entwirft der DGB Bayern gerade einen solchen Antrag, der auch rechtssicher ist.“ Nur so lange wollte ich nicht warten.

Ich habe mir Hilfe geholt bei der MdB Susanne Ferschl und bei Thomas Händel MdEP em. Ich war

völlig überrascht, dass beide mir keinen Rat gaben, sondern meinen Antrag als äußerst gelungen bezeichneten. Auch zwei andere, denen ich meinen Antrag vorab vorlegte, und die meiner Partei nicht angehören, Thomas Beyer Prof. an der TU Nürnberg und Michael Gross haben sich positiv dazu geäußert. Die vier Statements haben mich nicht nur überrascht sondern auch stolz gemacht.

Mir ist klar, dass ein Stadtrat nicht unbedingt das Gremium ist, das politische Akzente setzt.

Ich verhehle aber auch nicht, dass ich manchmal erhebliche Zweifel hatte, ob ich mit meinem Antrag richtig liege. Es ist aber möglich, dass **JEDE** Gebietskörperschaft ihre eigenen Richtlinien bei der Vergabe von Aufträgen festlegen kann (...ist jede Gebietskörperschaft frei die Vergabebedingungen der EU-Richtlinie nach oben (!) zu korrigieren, auch wenn das bayerische Vergabehandbuch evtl. einen anderen Eindruck vermitteln sollte.). Natürlich können andere eine andere Auffassung dazu haben, und auch wie das nun mal üblich ist das rechtlich untermauern. Ich hoffe, dass der eine und andere sich trotzdem vorurteilsfrei mit dem Inhalt beschäftigt hat.